

ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

JAHRESBERICHT 2009

ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber | Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat | Liechtensteinstraße 22 | A-1090 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: office@uniko.ac.at | www.uniko.ac.at

Redaktion | Manfred Kadi | Generalsekretariat

Gestaltung | Grafik-Atelier Heuberger | Wien

Fotos | uniko-Archiv | BMWF | Franz Pflügl | Michaela Bruckberger | Clemens Fabry | osaka | ORF | photocase.com | DirkM

frank13 | c-mone | blue757 | claudiarndt | APA picturedesk.com | Niko Formanek | Barbara Gindl | Benedikt Loebell

Herbert Pfarrhofer | Ludwig Schedl | Robert Strasser

Druck | Kärntner-Druckerei | Klagenfurt

KOMMENTAR PRÄSIDENT BADELT _____	2
KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ _____	4
GRUSSWORT BUNDESMINISTER HAHN _____	5
JAHRESRÜCKBLICK _____	6
KOMMENTAR EUA-PRÄSIDENT RAPP _____	8
KOMMENTAR ÖAW-PRÄSIDENT DENK _____	9
INTERVIEW WISSENSCHAFTER 2009 GRIMM _____	10
KOMMENTAR FWF-PRÄSIDENT KRATKY _____	12
GENDER: KOMMENTAR VIZEREKTORIN GUTIÉRREZ-LOBOS _____	13
STREITGESPRÄCH uniko – ÖH _____	14
FORUMSNOTIZEN: BUDGET _____	16
FORUMSNOTIZEN: FORSCHUNG _____	17
BERLIN UND ALPBACH: KOMMENTAR REFERENT NEDOBITY _____	18
FORUMSNOTIZEN: INTERNATIONALES _____	19
FORUMSNOTIZEN: LEHRE _____	20
BOLOGNA-PROJEKTE: KOMMENTAR REFERENTIN WESTPHAL _____	21
DACHVERBAND: KOLLEKTIVVERTRAG _____	22
SPLITTER: MOMENTAUFNAHMEN 2009 _____	23
KUNSTUNIVERSITÄTEN: KOMMENTAR REKTOR BAST _____	24
MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN: KOMMENTAR REKTOR SCHÜTZ _____	25
GASTKOMMENTAR REDAKTEUR WITZMANN _____	26
MEDIENECHO: BREITE UND SPITZE _____	27
ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ _____	28
GENERALSEKRETARIAT _____	31

KOMMENTAR

BEWUSSTSEINSARBEIT FÜR DIE UNIVERSITÄTEN: SICKERPROZESS BRAUCHT MEHR ALS FÜNF JAHRE



Christoph Badelt
Univ.-Prof. Dr.
Präsident
bis 31. Dezember 2009

R Nach beinahe fünf Jahren Amtszeit als Präsident der vormaligen Rektoren- und späteren Universitätenkonferenz lässt sich vor dem Hintergrund wechselnder Regierungsbündnisse, mit neuen Ressortchefs und Sektionschefs im Wissenschaftsministerium sowie wechselnden Adressaten in der heimischen Scientific Community, eine Erkenntnis festmachen: Das Beharrungsvermögen der Akteure in Österreichs politischer Landschaft angesichts drängender Herausforderungen ist, speziell im tertiären Bildungssektor, nicht zu unterschätzen.

Am 18. April 2005, dem Tag meiner Wahl zum „Rektorenchef“, waren meine Worte zum Thema Hochschulzugang: „Eine Nichtlösung des Problems ist nicht möglich.“ Zum Jahresende 2009, mit Auslaufen meiner zweiten Amtsperiode, hätte ich eigentlich meine vorlaute Prognose widerrufen müssen. Die Politik hat den Beweis erbracht, dass hierzulande die Nichtlösung eines Dauerproblems möglich ist – in der Causa Hochschulzugang sehr zum Leidwesen aller Uni-Angehörigen.

Waren die 56 Monate Amtszeit also nur ein Kampf gegen Windmühlen? Keineswegs, auch wenn Gesetzgeber und Regierungen in den für die Universitäten zentralen Themen über gesetzliches Flickwerk (Uni-Zugang) bzw. vollmundige Absichtserklärungen und halbherzige Zugeständnisse (Uni-Finanzierung, Förderung der Spitzenforschung) nicht wirklich hinausge-

kommen sind. Tabus anzusprechen und aufzubrechen – dazu bedarf es in Österreich eines langen Atems, wie das Beispiel des „freien Hochschulzugangs“ beweist: Um die Regierenden zu zwingen, sich mit ihrem nie eingelösten Dogma heimischer Hochschulpolitik auseinanderzusetzen, haben sich die Rektoren- bzw. Universitätenkonferenz und ihr Präsident allein seit 2005 weit mehr als einhundert Mal öffentlich zu Wort gemeldet – in Zeitungsinterviews, in Hörfunk und Fernsehen, bei Pressekonferenzen, Veranstaltungen und Diskussionsrunden.

Es war aber nicht nur die Frage des Zugangs zur Universität, verbunden mit der Forderung nach Studienplatzfinanzierung, die im vergangenen Herbst in aller Munde war: Die Bewusstseinsbildung über Nöte, Aufgaben und Rollenverständnis der Universitäten hat nach dem sechsten Jahr ihrer Autonomie im Wechselspiel mit den Medien breite Bevölkerungsschichten erfasst und ist damit – unausweichlich – bei den politisch Verantwortlichen angekommen – allerdings erst unter dem massiven Druck der Straße. Es ist das unbestreitbare Verdienst der Studentinnen und Studenten, diesen anfangs zähen Sickerprozess mit ihrem Protest gegen die untragbaren Zustände in manchen Studienrichtungen beschleunigt zu haben – auch wenn zwischen Studierenden und Rektoren in mancher Hinsicht unterschiedliche Meinungen vorherrschen, was die Behebung der Probleme betrifft.

Freie Bildung und Gratisstudium für alle, wie das von einem Großteil der Studierendenbewegung verlangt wird, sind zwar gesellschaftspolitisch wünschenswerte Ideale; in der Realität sind sie aber zumindest gegenwärtig und in der näheren Zukunft nicht die Lösung, sondern die Ursache der aktuellen Misere. Die überfüllten Hörsäle werden nicht von heute auf morgen verschwinden, selbst wenn die Bundesregierung sich plötzlich eines Besseren besinnt und für die seit Jahrzehnten unterfinanzierten Universitäten zusätzliche Millionenbeträge auftreibt. Die Ankündigungen von Regierungsseite, ab 2011 den Sparstift in allen Ressorts, also auch bei Wissenschaft und Forschung, anzusetzen, geben ohnehin wenig Anlass zu Hoffnungen.

Solange aber Vater Staat nicht die notwendigen Mittel für eine angemessene Betreuung der Studierenden zur Verfügung stellt, muss er den Universitäten erlauben, für überlaufene Studienrichtungen Zugangsregeln anzuwenden, was die Politiker bisher nur zähneknirschend – unter dem Druck der EU – und nicht aus innerer Einsicht exekutieren ließen. Dabei müsste dieses Mantra dann nicht mehr wiederholt werden, wenn sich der Staat endlich zu einer Studienplatzfinanzierung bekennt, wie dies etwa bei den Fachhochschulen längst der Fall ist.

Dazu kommt, dass die Finanzierungsdefizite der österreichischen Universitäten nicht nur den traditionellen Lehrbereich betreffen. Eine ausreichende Finanzierung der Forschung (Stichworte „Exzellenzinitiative“ oder Doktorandenausbildung) sowie die systematische Verbesserung der universitären Infrastrukturen (z. B. Generalsanierungsprojekte) sind mindestens so wichtig, auch wenn die Themen zuletzt nicht so prominent in den Medien angesprochen wurden wie die Probleme der Studierenden.

Allen Widrigkeiten zum Trotz haben sich die zwei Amtsperioden an der Spitze der nunmehrigen uniko gelohnt: Die Universitätenkonferenz und ihre 21 Rektoren haben trotz unterschiedlicher Interessenlagen durchwegs Verantwortungsbewusstsein bewiesen, in den



Stationen einer fünfjährigen Reise als Rektorenchef: Unterzeichnung des Uni-Milliardenpakets mit Bundeskanzler Schüssel, Bildungsministerin Gehrler und Vizekanzler Gorbach im **Nov. 2005** (Bild oben); zu Gast in der ZiB 2 bei Marie-Claire Zimmermann im **Sept. 2008** (Bild Mitte); Pressekonferenz mit Wissenschaftsminister Hahn im **Okt. 2009** (Bild unten).

wesentlichen Punkten gemeinsame Positionen erarbeitet und auch in der Öffentlichkeit vertreten. Dort, wo alle Mitglieder an einem Strang gezogen haben, wie etwa bei den Leistungsvereinbarungen oder in der Schlussphase des Kollektivvertrags, wurden auch beachtliche Erfolge erzielt – der Balanceakt mit dem Ministerium zwischen weitgehender Kooperation und gelegentlicher Konfrontation hinterlässt nicht nur für den uniko-Präsidenten einen reichen Erfahrungsschatz. In diesem Sinne möchte ich allen Mitgliedern der uniko, aber auch allen unseren Weggefährten und Weggefährtinnen der vergangenen fünf Jahre herzlich danken und die besten Wünsche für die Zukunft mitgeben.

KOMMENTAR

UNIVERSITÄTSGESETZ-NOVELLE ALS AUSDRUCK DER BLOCKADE STATT WEITERENTWICKLUNG



Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär

R Im Rahmen der großen Reformdebatten rund um das Jahr 2000 meinte der damalige Sektionschef Sigurd Höllinger einmal, die anstehende Universitätsreform werde so weit reichend sein, dass auf Jahre hinaus keine weiteren Änderungen erforderlich sein würden. Ob er das ernst gemeint hat oder ob er nur zaudernde Geister zu beschwichtigen suchte – recht behalten hat er jedenfalls nicht: Seit seinem Inkrafttreten hat das Universitätsgesetz 2002 insgesamt neun Novellen erfahren, also im Schnitt wenigstens eine jährlich.

Die UG-Novelle 2009 war sicherlich die allein vom Umfang her größte Veränderung. Dem Anspruch einer „Weiterentwicklung der Universitätsautonomie“ wurde die Reform jedoch kaum gerecht. Die großen Fragen, etwa im Bereich der Hochschulfinanzierung oder des Universitätszugangs, bleiben ungelöst. An allen Ecken und Enden wird die Selbstblockade der großen Koalition spürbar. Manche politisch „heiße“ Bestimmungen verzerren sich dabei geradezu ins Paradoxe. Damit bestehen aber wesentliche Defizite der Universitätsautonomie fort.

Sicher – es hätte schlimmer kommen können: Die zentralen Punkte des Begutachtungsent-

wurfs hätten darauf abgezielt, die Steuerungsmechanismen des UG zugunsten einer massiven Stärkung einzelfallbezogener ministerieller Entscheidungsmuster zu verändern und die stets heikle Machtbalance innerhalb der Universitätsleitung hin zum Universitätsrat zu verschieben. Dass dies nicht wie vorgeschlagen Gesetz wurde, ist sicherlich ein – wenn auch kleiner – Erfolg für die uniko.

Insgesamt hat vieles in dieser umfangreichen Novelle Antwortcharakter – man spürt geradezu die Mühen der Rechtsanwendung im Alltag. Manche neuen Regelungen sind dabei durchaus sinnvoll, etwa einige Kompetenzbereinigungen zwischen den Organen der Universitätsleitung oder die Flexibilisierung der Dauer der Bachelor-Studien. Allein – wo ist das Gesamtkonzept hinter den vielen Details?

Das ist das Bedrückende an diesem Gesetz: Viel Verständnis für das Autonomiekonzept des Universitätsgesetzes 2002 und dafür, wo und wohin dessen große Linien weiter zu zeichnen wären, kann man den Autoren/innen der jüngsten UG-Novelle leider nicht konstatieren.

HOCHSCHULPARTNERSCHAFT UND UNI-PROTESTE: EIN TURBULENTES JAHR FÜR ALLE STAKEHOLDER

Johannes Hahn

Dr.
Bundesminister für
Wissenschaft und Forschung
bis 25. Jänner 2010
EU-Kommissar für
Regionalpolitik
ab 9. Februar 2010



Es war spannend, mitunter turbulent – das Hochschuljahr 2009. Gekennzeichnet von Budgetverhandlungen, der Novelle des Universitätsgesetzes, dem Beginn des „Dialogs Hochschulpartnerschaft“ und jener Studierenden-Protestbewegung, die so manche Diskussion beschleunigt hat. Und es hat sich Ende 2009 angekündigt, was im Jänner 2010 vollzogen wurde: Das Ressort Wissenschaft und Forschung bekam eine neue Spitze. Mit Dr. Beatrix Karl zog eine engagierte Universitätsprofessorin und erfahrene Wissenschaftspolitikerin ins Haus am Minoritenplatz.

Wirtschaftlich herausfordernde Zeiten machen sich häufig in gekürzten Budgets bemerkbar. Nicht so bei den Universitäten. Das Universitätsbudget wird in den kommenden drei Jahren um 17 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007 bis 2009 aufgestockt. Diese Erhöhung entspricht den Forderungen der Rektoren. Österreich ist damit eines der wenigen Länder in Europa, in denen es ein Plus bei den Universitäten gibt.

Mit dem Universitätsgesetz 2002 wurden die Universitäten in die – mittlerweile bewährte – Autonomie entlassen. Im Jahr 2009 wurden manche Punkte im Zuge der UG-Novelle nachgeschärft, auch konkrete Schritte zur Frauenförderung wurden gesetzt, etwa mit der 40-Prozent-Frauenquote in allen Uni-Gremien und -Organen.

Im August 2009 erfolgte in Alpbach der Startschuss für die weitere Ausgestaltung des „Österreichischen Hochschulraums“. Verließ die Diskussion zunächst „nur“ unter Stakeholdern, waren die Unis aufgrund der Studierendenproteste und Hörsaalbesetzungen bald österreichweit Thema – und die Diskussion wurde beschleunigt. Schließlich begann mit dem „Dialog Hochschulpartnerschaft“ am 25. November 2009 eine breite Diskussion sämtlicher Hochschulpartner/innen. Fünf Arbeitsforen beschäftigen sich nun mit zentralen Themen, bis zum Sommer sollen Empfehlungen vorliegen.

Kein Schlagwort fiel in der gesamten Uni-Debatte so oft wie „Bologna“. Es steht für die Idee, einen Europäischen Hochschulraum zu schaffen – und wurde zum Synonym für sämtliche Probleme an den Universitäten. Es gibt bei der Umsetzung der Bologna-Architektur Probleme in Österreich – hier sind sämtliche Hochschulpartner/innen gefordert, um beispielsweise die Studienpläne zu „entrümpeln“.

Sei es der Spatenstich für die Wiener Wirtschaftsuniversität oder die Eröffnung des Grazer MUMUTH – vieles ist in Bewegung, die österreichischen Unis wachsen. Breite Bildung, exzellente Spitze – dem Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich zuliebe, unseren Studierenden, Lehrenden und Forschenden verpflichtet.

JAHRESRÜCKBLICK

KAPRIOLEN UND KARRIERESPRÜNGE: 2009 HINTERLIESS TIEFE FURCHEN IN DER UNI-LANDSCHAFT

F Zum Jahresende, nach Abflauen aller Kapriolen, war für Österreichs Universitäten nichts mehr so wie zu Jahresbeginn. Die wichtigsten Schlaglichter: Mitte Jänner Start einer bisher einzigartigen Informationskampagne der Rektoren zum Uni-Budget; wenige Tage später Rücktritt der einzigen Uni-Rektorin; im Frühjahr Abschluss des „Mega-Projekts“ Uni-Kollektivvertrag; im Juli Absegnung der wenig gelungenen, heiß umfiedelten UG-Novelle; ab Herbst Konflikte vor der Finalrunde zu den Leis-

tungsvereinbarungen zwischen Ministerium und 21 Universitätsleitungen; im Oktober eine urplötzlich ausbrechende Protestwelle von Studierenden ungeahnten Ausmaßes – mit der dutzenden Kampfansage „Uni brennt“; der Anlauf zum Karrieresprung des Wissenschaftsministers nach Brüssel just am Höhepunkt der Uni-Turbulenzen; zu guter Letzt Mitte Dezember ein Wechsel an der Spitze der Universitätenkonferenz – in Summe tiefe Furchen in der Universitätslandschaft. **J**

F Das neue Jahr war erst zwei Wochen alt, da holte die Universitätenkonferenz (uniko) angesichts der düsteren Budgetaussichten für die Universitäten zu einem medialen Coup aus: In der Nacht auf 16. Jänner wurden in einer konzentrierten E-Mail-Aktion rund 300.000 Uni-Angehörige auf die drohenden Einschnitte im Bundeshaushalt aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurden das Uni-Personal und die Studierenden ermuntert, bei den politisch Verantwortlichen Druck zu machen und die Sorge um die Finanzierung weiterzutragen. Verstärkt wurde dieser Vorstoß durch eine gemeinsame Pressekonferenz mit der ÖH-Spitze, was angesichts des Echos in den Gazetten im Wissenschaftsressort eine neue Dynamik in Gang setzte.

Bundesminister Hahn kündigte wenige Tage später an, die Forderungen der Rektoren nach einer Budgetsteigerung von 400 Millionen Euro jährlich zusätzlich für 2010 bis 2012 sowie den Ersatz für den Entfall der Studiengebühren (150 Millionen Euro) zu erfüllen. Ein Versprechen,

das sich drei Monate später als unerfüllbar herausstellte – weil zum einen die volle Summe nicht ausgeschüttet wurde, zum anderen aus diesen Beträgen auch die Mehrkosten für den Kollektivvertrag abzudecken sind.

In dieser Aufbruchstimmung musste die uniko mit der Neubelebung der Debatte um Frauen diskriminierung an den Universitäten im Jänner einen Rückschlag hinnehmen: „Wegen unüberbrückbarer unterschiedlicher Auffassungen“ mit dem Senat legte die erste und bisher einzige Universitätsrektorin, Ingela Bruner, nach nur drei Semestern ihre Amtsgeschäfte an der Universität für Bodenkultur Wien (Boku) zurück. Obwohl die uni-internen Gremien „keinen Anhaltspunkt für eine geschlechtsspezifische Diskriminierung“ der Rektorin festgestellt hatten, versuchte die uniko den in der Öffentlichkeit kolportierten Vorwürfen gegenzusteuern und veranstaltete im Herbst eine eigene international besetzte Tagung zum Thema „Gender Mainstreaming“ (siehe auch Seite 13).

Einen Anlass zum Feiern bot dafür der Abschluss des Uni-Kollektivvertrags (KV), der nach mehr als sechsjährigen Verhandlungen vom Dachverband der Universitäten gemeinsam mit den Spitzenvertretern der Gewerkschaft öffentlicher Dienst Anfang Mai in einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet wurde. Als Grundlage für die Personalentwicklung an den Universitäten mit dem neuen Karrieremodell für junge Wissenschaftler/innen trat der KV mit 1. Oktober in Kraft, im Dezember erfolgte bereits die Premiere des ersten Gehaltsabschlusses zwischen den KV-Partnern (siehe auch Seite 22).

Die Vorlaufzeit zum Beschluss der Universitätsgesetznovelle (UG) 2009 durch den Nationalrat am 9. Juli konnte die uniko nur noch zur Schadensbegrenzung für die Unis nützen. Abgesehen von Fortschritten wie der Verankerung qualitativer Zugangsregeln für Master- und Doktoratsstudien wurden den Unis zusätzliche Verpflichtungen aufgetragen, ohne die entsprechenden Ressourcen bereitzustellen.

Die erkennbare Tendenz des Gesetzgebers, die Uni-Autonomie wieder zurückzuschrauben, wurde zwar verhindert. In den Verhandlungen zu den Leistungsvereinbarungen für die Budgetperiode 2010 bis 2012 versuchte das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) allerdings im Wege einer „Erlasskultur“ (Rektor Gerald Bast) eine Detailsteuerung der Universitäten durchzudrücken, was zu heftigen Auseinandersetzungen mit BMWF-Generalsekretär Friedrich Faulhammer führte. Auch wenn vereinzelt ein Scheitern dieser Gespräche im Raum stand, wurden letztlich alle Rektoren mit dem Ministerium handelseins.

Die schlechten Studienbedingungen in einigen Fächern und die Umstellung auf die dreigliedrige Bologna-Struktur sind am 20. Oktober schließlich der Anlass für die größten Studentenproteste der letzten Jahre: Der Funkenflug für die „Uni-brennt“-Bewegung geht von der Akademie der bildenden Künste aus, wo aus Protest gegen die Abschaffung von Diplomstudien die Aula besetzt wird. Wenige Tage später kommt es zu der zwei Monate andauernden

Besetzung des Audimax der Universität Wien durch Studierende, wobei sich die ÖH unter der neuen grün-roten Führung in der Statistenrolle wiederfindet. Die Blockaden greifen auch auf die anderen Uni-Standorte über. Nach beeindruckenden Protestzügen mit Zehntausenden Beteiligten sucht das BMWF mittels der Dialogrunden „Hochschulpartnerschaft“ die Situation zu entschärfen.

In dieser aufgeheizten Stimmung beschließt die Bundesregierung, den Wissenschaftsminister als Kommissar für Regionalpolitik nach Brüssel zu entsenden: Johannes Hahn nimmt das Angebot an und konzentriert sich zunehmend auf seine neue Aufgabe. Die Nachfolge wird erst Ende Jänner 2010 geregelt, als der Studierendenprotest abgeebbt ist – die neue Ressortchefin

„Wir haben immerhin erreicht, dass der Gesetzgeber die Existenz von Kapazitätsproblemen nicht verbietet. Jetzt wird sie nur noch ignoriert.“

uniko-Präsident **Christoph Badelt** nach dem Beschluss der UG-Novelle im Ministerrat in einem APA-Interview am 17. Juni 2009

Beatrix Karl (ÖVP) bekommt somit nur noch die Ausläufer der studentischen Hitzewelle zu spüren. – Währenddessen verzeichnen die Universitäten an einzelnen Standorten neue Rekordzahlen an Studienanfänger/innen, verstärkt durch den weitgehenden Wegfall von Zugangsbeschränkungen und Studienbeiträgen, was speziell in „Massenfächern“ wie Publizistik oder Psychologie deutsche Numerus-clausus-Flüchtlinge angeht.

Die Wahl zum neuen Präsidium brachte im Dezember eine geordnete „Hofübergabe“ an der Spitze der Universitätenkonferenz: Der Rektor der TU Graz, Hans Sünkel, folgte dem seit April 2005 amtierenden uniko-Präsidenten und WU-Rektor Christoph Badelt nach, der für eine dritte Amtsperiode nicht mehr kandidierte. Die Kontinuität in der Erfüllung der Aufgaben bleibt insofern gewahrt, als angesichts der kaum veränderten politischen Rahmenbedingungen auch für Sünkel die Themen Uni-Finanzierung und Uni-Zugang an oberster Stelle der Agenda 2010 stehen werden. mk

GRUSSWORT

ZUVERSICHT IN KRISENZEITEN: DIE EUA ALS TRIEBFEDER FÜR EUROPAS HOCHSCHULEN



Jean-Marc Rapp
Univ.-Prof. Dr.
Präsident der European
University Association - EUA

R Kaum eine Reform hat in den letzten Jahren für so viel Diskussion und Bewegung gesorgt wie der Bologna-Prozess. Als Präsident der European University Association (EUA) mit einer europäischen Sichtweise ist „Bologna“ ein einzigartiges Reformwerk, nämlich die Basis zur Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschul- und Forschungsraums, in dem es zwar noch viel zu tun gibt, das uns aber auf den richtigen Weg gebracht hat.

Seit Gründung der EUA im Jahr 2001 war die Institution eng mit den Bologna-Reformen verbunden. Als Stimme der europäischen Hochschulen vertritt sie die Interessen ihrer Mitglieder in der Bologna-Follow-up Group. Rechtzeitig zum Treffen der Bologna-Bildungsminister in Leuven/Louvain-la-Neuve im letzten Jahr legte die EUA ihr neuestes Strategiepapier vor, ein Ergebnis der großen EUA-Mitgliederkonferenz im Frühjahr 2009 in Prag. Die „Prague Declaration 2009: European Universities – Looking Forward with Confidence“ nennt den politisch Verantwortlichen Gründe, weshalb es gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise notwendig ist, in Hochschulen und Forschung zu investieren.

Daneben enthält die Prager Erklärung zehn Erfolgsfaktoren zur Weiterentwicklung der europäischen Hochschulen nach 2010. Dabei stehen Themen wie lebenslanges Lernen, Aus-

bildung und Berufsfähigkeit von Absolventen/innen und Nachwuchswissenschaftlern/innen, Autonomie, Finanzierung der Hochschulen und Internationalisierung als Kernaufgaben für die nächsten Jahre im Vordergrund.

Die EUA beschäftigt sich mit all diesen Themen sowohl in ihrer politischen Arbeit als auch im Rahmen ihrer zahlreichen Projekte. So veröffentlichte die EUA Ende letzten Jahres eine Studie zum Thema „University Autonomy in Europe“, die die Autonomie der Hochschulen in vier Teilbereiche gliedert: organisatorische, finanzielle, personelle und akademische Autonomie. Diese Studie ermöglicht es auch österreichischen Hochschulen, den Grad ihrer Autonomie im internationalen Vergleich zu bestimmen. Die Internationalisierung ist ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit, der wir sogar ein ganzes Konferenzthema an der Universität Gießen widmeten. Dies ist nur eine kurze Zusammenfassung unserer Aktivitäten. Die Liste der Veranstaltungen und Projekte der EUA ließe sich beliebig fortsetzen.

Für mich persönlich steht 2009 für mein erstes Jahr als EUA-Präsident – ein Amt, das ich im Frühjahr des Berichtsjahres von meinem Vorgänger Georg Winckler übernommen habe, der vier Jahre lang die Geschicke der EUA entscheidend und überaus erfolgreich geprägt hat.

GELEBTE SYNERGIEN ZWISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN UND UNIVERSITÄTEN



Helmut Denk
Univ.-Prof. Dr.
Präsident der
Österreichischen Akademie
der Wissenschaften – ÖAW

Für Österreich als Land mit nur geringen natürlichen Ressourcen, aber hohem intellektuellem Potenzial sind Investitionen in Forschung und Entwicklung von größter Bedeutung. Die aus der Grundlagenforschung erwachsenden Chancen sind zukunftsweisend. Dies gilt besonders auch für „Krisenzeiten“, wie die Forschungs- und die Finanzpolitik großer Industriestaaten zeigen. Technologische Fortschritte sind wesentliche Motoren für das Wirtschaftswachstum. Jede wirklich neue Erkenntnis birgt das Potenzial, einen großen Markt zu eröffnen.

Es existiert kein fundamentaler Gegensatz zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Beide Bereiche wirken als Katalysatoren mit gegenseitiger Stimulation: Echte Innovation kann einerseits nur auf gesicherten wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, andererseits tragen neue Technologien und Produkte zur Generierung von Grundlagenwissen bei.

Außeruniversitäre Forschung ist notwendig, da an Universitäten aufgrund ihrer Struktur nicht jede Art von Forschung optimal betrieben werden kann. Trotz der unterschiedlichen Aufgaben sind Synergien zwischen Akademie und Universitäten wichtig und werden derzeit auch in vielfältiger Weise gelebt.

Die ÖAW positioniert sich in der österreichischen Forschungslandschaft insbesondere durch Vorhaben, die auf jene Forschungsschwerpunkte gerichtet sind, die Universitäten nicht setzen können, weil Neuheit, Umfang oder Spezialisierung mit dem Lehrbetrieb nicht vereinbar sind; die der Konsolidierung vorhandener wissenschaftlicher Stärken dienen und die Konkurrenzfähigkeit der gemeinsamen Forschungsaktivitäten im internationalen Wettbewerb stärken.

Entsprechend dem Exzellenzprinzip richtet sich die Nachwuchsförderung der ÖAW (APART- und DOC-Stipendien) an junge Wissenschaftler/innen aller Fachgebiete, die einem strengen Auswahlprozess unterworfen werden. Sie sollen im In- und Ausland wissenschaftliche Erfahrung in Spitzenforschungseinrichtungen sammeln und sie dann in Universitäten und Forschungseinrichtungen der ÖAW einbringen.

Exzellente Wissenschaftler/innen benötigen neben der Freiheit, ihre Ideen zu verfolgen, die finanzielle Planungssicherheit für deren Realisierung und die entsprechende Infrastruktur. Es ist Aufgabe der Politik, die Vielgestaltigkeit von Forschung anzuerkennen sowie forschungsförderliche Rahmenbedingungen und damit die Attraktivität des Forschungsstandortes Österreich sicherzustellen.

INTERVIEW

„WENN WIR ZU SEHR AN ALTEN IDEALEN HÄNGEN, WIRD DAS ENDE DER UNIVERSITÄTEN KOMMEN“



Rudolf Grimm
Univ.-Prof. Dr.
Institut für Experimentalphysik
Universität Innsbruck

F Herr Professor Grimm, Sie haben anlässlich Ihrer Wahl zum Wissenschaftler des Jahres 2009, einer alljährlich vom Klub der Bildungsjournalisten vergebenen Auszeichnung, gegenüber der PRESSE erklärt, „Forscher müssen für junge Leute als cool gelten“, auch um Begeisterung zu vermitteln. Würden Sie das Verhältnis der heimischen Politik zur wissenschaftlichen Community auch in Kältegraden messen?

Rudolf Grimm: Es gibt eine große Bandbreite der „Temperaturen“ im Verhältnis unserer Politiker zur wissenschaftlichen Community. Um dieses Klima insgesamt positiv zu entwickeln, ist die Wissenschaft aufgefordert, ihre Erkenntnisse und den Wert der wissenschaftlichen Forschung für unsere Gesellschaft der breiten Öffentlichkeit noch stärker zu vermitteln. Dann wird es mit der Zeit auch von der Politik besser wahrgenommen werden. Von der Politik fordere ich langfristiges Denken zum Wohle unseres Landes, denn der Nutzen der wissenschaftlichen Forschung ist nicht unmittelbar, kurzfristig oder offensichtlich. Doch ist das Niveau unserer Wissenschaft – wie auch der Bildung – ein ganz wesentlicher Faktor für das gesamte Innovationsklima in unserem Land und somit für die zukünftige Position Österreichs im internationalen Wettbewerb. Die Frage, ob wir in den 20er Jahren von Ländern wie China überrollt werden, wird sich auch dadurch entscheiden.

Sie haben als gebürtiger Deutscher an der ETH-Zürich studiert, waren am Max-Planck-Institut in Heidelberg tätig und sind als Experimentalphysiker im Jahr 2000 einem Ruf an die Universität Innsbruck gefolgt. Angesichts des Stimmungsbildes in den vergangenen Jahren, geprägt von schlechten Ranking-Ergebnissen, unzufriedenen Uni-Angehörigen, leeren Staatskassen, wortbrüchigen Politikern, verwundert es, dass Sie noch nicht ausgewandert sind ...

Rudolf Grimm: Es ist nicht alles schlecht in Österreich, auch wenn vieles schlechtgeredet wird, und in allen andern Ländern gibt es auch große, wenn nicht noch viel größere Probleme. Anstatt an Flucht zu denken, trage ich lieber mein Möglichstes dazu bei, dass sich die Dinge hier in die richtige Richtung bewegen. Sehr positiv ist, dass meine Kollegen und ich auf unserem Fachgebiet der Quantenphysik in Innsbruck ein weltweit führendes und sehr sichtbares Zentrum etablieren konnten. International können wir mehr als nur voll mithalten. Die Quantenphysik ist überhaupt – ich denke da auch an die hervorragenden Wiener Gruppen – ein nationales Stärkefeld. So etwas gibt man nicht so leicht auf.

Seit September 2008 liegen mehrere parlamentarische Entschließungsanträge vor, die öffentlichen und privaten Ausgaben für den tertiären Sektor bis 2020 auf zwei Prozent des Brutto-

inlandsproduktes anzuheben – ein Ziel, von dem Österreich nach wie vor meilenweit entfernt ist, das jedoch von Regierungsvertretern alle paar Monate unverdrossen wiederholt wird. Haben Sie noch Hoffnung?

Rudolf Grimm: Die Hoffnung stirbt zuletzt, aber in der Krise und im Angesicht der Reaktion unserer Politik bin ich wenig optimistisch. Österreich hätte als reiches Land die Chance, als Gewinner aus der Krise hervorzugehen, wenn man gerade jetzt gezielt auf Bildung und Wissenschaft setzt. Einige andere Länder (USA, Deutschland, Australien u. a.) machen es vor. Wir sind leider nicht dabei.

Die Rektoren haben nach dem Beschluss der Novelle zum Universitätsgesetz (UG) 2002 im Juli Kritik daran geübt, dass – entgegen den öffentlichen Ankündigungen – die Autonomie der Universitäten nicht wirklich weiterentwickelt wurde. Sehen Sie Fortschritte in der UG-Novelle?

Rudolf Grimm: Wenn man genau hinschaut, findet man vielleicht die eine oder andere Verbesserung neben etlichen „Verschlimmbesserungen“. Der große Wurf ist da nicht gelungen.

Der Forderungskatalog der Studierenden in den Wochen der Hörsaalbesetzungen enthielt ein Bouquet, das vom „freien und selbstbestimmten Studium für alle“ über die „ersatzlose Abschaffung des Universitätsrates“ bis zur „Ausfinanzierung der Universitäten“ reichte. Welche Anliegen der Studierenden teilen Sie bzw. welche halten Sie für überzogen?

Rudolf Grimm: Die Studierenden haben voll erkannt, dass in unserem Universitätssystem die Dinge dramatisch schief laufen. Dafür haben junge Leute generell ein wunderbares Gespür. Die daraus resultierenden Forderungen sind aber größtenteils im Bereich der wunderschönen Utopien angesiedelt. Mit der realen Welt hat das leider nicht mehr viel zu tun. So sehe ich ganz deutlich einen enormen internationalen Wettbewerb auf uns zukom-

men, ob es uns passt oder nicht. Man möge zum Beispiel nach Peking reisen, die Topuniversitäten besuchen und die Dynamik dort erleben – das öffnet die Augen. Wenn wir zu sehr und mit Nostalgie an alten Idealen und heiligen Kühen vergangener Jahrzehnte hängen, werden wir bald brutal von der Realität eingeholt werden. Dann wird das Ende der Universitäten kommen, und wir werden in pure Ausbildungseinrichtungen und einige Eliteforschungseinrichtungen zerlegt werden. Das wäre ein fataler Weg.

Spätestens seit den Protesten der Studierenden ist „Bologna“ in aller Munde. Können Sie die Kritik an der Umsetzung der neuen Studienarchitektur nachvollziehen bzw. haben Sie selbst nachteilige Auswirkungen an Ihrem Institut registriert?

Rudolf Grimm: Ich halte „Bologna“ nicht für grundsätzlich schlecht, und man muss der neuen Studienarchitektur eine Chance geben, ihre Stärken zu entfalten. Bei der Umsetzung ist man wohl in vielen Fällen zu rigide vorgegangen und hat sich unnötig Flexibilität genommen. Ich bin überzeugt, dass sich einiges korrigieren lässt. In der Innsbrucker Physik ging die Umstellung mit ein paar Reibungsverlusten, dennoch aber im Wesentlichen unproblematisch vonstatten.

Das Wissenschaftsministerium hat als Reaktion auf die Turbulenzen an den Universitäten im Spätherbst einen Hochschuldialog eingerichtet. Sehen Sie darin eher eine Beschäftigungstherapie oder könnte 2010 von den widersprüchlichen Interessen aller Beteiligten tatsächlich etwas umgesetzt werden?

Rudolf Grimm: Es scheint tatsächlich, dass der Hochschuldialog bisher kaum etwas gebracht hat. Ein Dialog muss in dieser völlig verfahrenen Situation aber auf jeden Fall geführt werden. Man kann diesen nicht verweigern und nur auf Forderungen beharren.

Das Interview führte Manfred Kadi



KOMMENTAR

WENN SCHLIMMERES VERHINDERT WIRD: ANNUS HORRIBILIS FÜR WISSENSCHAFTSFONDS



Christoph Kratky
Univ.-Prof. Dr.
Präsident des
Wissenschaftsfonds – FWF

F Der Wissenschaftsfonds hat das schwerste Jahr seiner Geschichte hinter sich. Nach Monaten der Lähmung gelang es nur mit der größten Anstrengung seitens des Wissenschaftsministeriums, ein Budget auf die Beine zu stellen, das die eingegangenen Verpflichtungen abdeckt und Neubewilligungen ermöglicht. Wir sind dem damaligen Wissenschaftsminister Johannes Hahn sowie allen Beteiligten seines Ressorts zu größtem Dank verpflichtet für ihren ungeheuren Einsatz – und der gesamten Wissenschafts-Community für ihren laut hörbaren Protest.

Das Jahr 2009 wurde letztlich mit einem Gesamtbewilligungsvolumen von rund 148 Millionen Euro – fast 30 Millionen Euro weniger als 2008 – abgeschlossen. Und dieses reduzierte Budget ist für die nächsten fünf Jahre eingefroren. Laufende Programme – insbesondere die Zahlung von Overheads – mussten eingestellt, neue auf die lange Bank geschoben werden. Der FWF ist somit unter allen öffentlich finanzierten Forschungsförder- oder Forschungsträgerorganisationen die einzige, die 2009 massive Budgetkürzungen zu verkraften hatte. Angesichts der dramatischen Ausgangssituation muss man froh sein, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist.

Wie konnte so etwas geschehen in einem Land, das angeblich eine Frontrunner-Strate-

gie im Bereich Forschung und Entwicklung verfolgt? Wir haben in der Tat unter allen europäischen Ländern die am stärksten steigende Forschungsquote, wobei sich allerdings die Grundlagenforschung in einem seit Jahren andauernden Verteilungskampf nicht besonders gut durchgesetzt hat. In den Jahren 2002 bis 2007 ist die Finanzierung der Forschung im Hochschulsektor durch die öffentliche Hand um 25 Prozent, die öffentliche Förderung des Unternehmenssektors im gleichen Zeitraum um 185 Prozent gestiegen.

Anlässlich der Auftaktveranstaltung der Bundesregierung zur Forschungsstrategie hat der höchste Vertreter der Wirtschaft in Österreich den denkwürdigen Satz ausgesprochen: „Österreich braucht keine Grundlagenforschung.“ Unser Land brauche die Förderung industrieller Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig findet eine Debatte darüber statt, ob man die steuerliche Förderung industrieller Forschung von acht auf 12 Prozent anheben soll, was zirka 200 Millionen Euro kosten würde.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich Forschungsuniversitäten weltweit zu den wichtigsten Innovationstreibern entwickelt. Möglicherweise ist die an solchen Universitäten betriebene Grundlagenforschung mehr als eine „philanthropische Nutzlosigkeit“.

GENDER & DIVERSITY IN DER uniko ALS WORK IN PROGRESS



Karin Gutiérrez-Lobos
Univ.-Prof.in Dr.in
Vizektorin für
Personalentwicklung
und Frauenförderung
Medizinische Universität Wien

Die Universitätenkonferenz (uniko) hat 2009 erste Schritte gesetzt, um eine österreichweite Initiative zur Stärkung des Gender-&Diversity-Ansatzes an den Universitäten in Gang zu setzen. Im Frühjahr 2009 fand die erste Sitzung einer „Task Force Gender Mainstreaming“ unter reger Beteiligung der Universitäten statt. Im Herbst 2009 wurde von der uniko schließlich eine Tagung mit internationaler Beteiligung zum Thema „Gender Mainstreaming an Universitäten – Status quo und Zukunftsperspektiven“ organisiert.

Nach wie vor sind in Österreich – trotz aller politischen und universitären Gleichstellungsmaßnahmen – Frauen an der Spitze der Universitäten (Rektorate, Senate, Leitung von Organisationseinheiten, Professuren) unterrepräsentiert, obwohl der Frauenanteil an den Studierenden längst mehr als 50 Prozent beträgt. Viele Faktoren, die allgemein für den geringen Frauenanteil im Wissenschaftsbetrieb verantwortlich gemacht werden (z. B. geringere Produktivität, weniger Ehrgeiz, zu wenig geeignete Kandidatinnen usw.), konnten bereits hinlänglich empirisch widerlegt werden. Vielmehr hat sich in Untersuchungen gezeigt, dass die traditionell an männlichen Bedürfnissen und Lebensformen ausgerichtete Organisation und das Personalmanagement der Universitäten sowie gesellschaftliche Vorurteile die einflussreichsten Faktoren für das stufenweise

Ausscheiden von Frauen auf der akademischen Karriereleiter zu sein scheinen.

Das heißt: Die derzeitigen universitären Organisationsstrukturen beinhalten Vorteile für Wissenschaftler und Nachteile für Wissenschaftlerinnen. Diese grundsätzliche strukturelle Benachteiligung von Frauen ist mittlerweile anerkanntes gesellschaftliches Wissen.

Die Universitäten werden auf diese Potenziale nicht verzichten können, wollen sie für hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu ist eine Verankerung des Bereichs Gender and Diversity auch in der uniko notwendig. Nicht zuletzt auch wegen Einführung der 40-Prozent-Quote im Rahmen der UG-Novelle 2009 erscheinen zu deren effektiver Umsetzung eine österreichweite Strategieentwicklung sowie eine regelmäßige und institutionalisierte Kommunikation der Universitäten untereinander und mit dem Ministerium notwendig.

Der Zeitpunkt für eine Intensivierung der Maßnahmen im Bereich Chancengleichheit ist günstig, da aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren mehrere Leitungsfunktionen an den Universitäten vakant werden und damit eine einzigartige Chance besteht, tatsächlich mehr Frauen für Führungspositionen zu wählen.

STREITGESPRÄCH – ÖH-VORSITZENDE MAURER VS. uniko-PRÄSIDENT SÜNDEL BOLOGNA UND DIE ÄNDERUNG DES BEWUSSTSEINS



Sigrid Maurer
Vorsitzende der
HochschülerInnenschaft
ÖH



Hans Sünkel
Univ.-Prof. Dr.
Präsident
seit 1. Jänner 2010

R Bologna und die Folgen waren das Hauptthema eines Streitgesprächs, zu dem das Generalsekretariat der Universitätenkonferenz (uniko) Anfang März 2010 die Vorsitzende der HochschülerInnenschaft (ÖH), **Sigrid Maurer**, und den neuen Präsidenten der uniko, Rektor **Hans Sünkel**, gebeten hatte. Die Moderation des Disputs übernahm der stellvertretende Ressortleiter für Kultur, Wissenschaft, Bildung der Austria Presse Agentur (APA), **Christian Müller**.

Christian Müller (APA): Die studentische Protestbewegung im Herbst 2009 hat das Bologna-System in den Mittelpunkt ihrer Kritik gestellt. Ist die neue Studienarchitektur tatsächlich so eine Fehlentwicklung?

Sigrid Maurer (ÖH): Die Kritik am Bologna-System ist berechtigt, vor allem was die Umsetzung betrifft, weil sie mit den eigentlichen Überlegungen, was der Prozess enthalten soll, wenig zu tun hat.

Hans Sünkel (uniko): Ich bin auch nicht zu hundert Prozent glücklich, wie der Bologna-Prozess umgesetzt wurde. Aber die Idee war und ist sehr gut, nämlich dass die verschiedenen Systeme innerhalb der europäischen Mitgliedsländer vergleichbar werden und geordnete Übergänge vom Bachelor- zum Master-Programm und zum PhD-Programm stattfinden können. Die Universitäten haben da und dort mit ihren Ambitionen etwas übers Ziel hinausgeschossen und versucht, die früheren Diplom-

und Masterprogramme zu dicht zu packen, sodass zu wenig Freiraum übrig geblieben ist. Diese Möglichkeit für die Studierenden, sich über das Studienprogramm hinaus zu entwickeln, müssen wir künftig ins Auge fassen und Hand anlegen.

Maurer: Man kann Bologna verschieden lesen: Bologna kann die Ökonomisierung von Bildung begünstigen. Wir diskutieren im Ernst, dass mit europäischen Steuergeldern ein Uni-Ranking finanziert werden soll. Man versucht, Hochschulen in massive Konkurrenz zueinander zu stellen, um sie effizienter zu machen – was überhaupt nicht funktionieren kann.

Sünkel: Die Konkurrenz zwischen den Universitäten sollte auf einer qualitativen Ebene stattfinden. Ich bin sehr wohl für Wettbewerb zwischen den Universitäten, und zwar nicht nur innerhalb Europas, sondern möglichst international – erst der weltweite Wettbewerb definiert den Maßstab der Qualität.

Maurer: Aber bei diesem Wettbewerb geht es um Geld. Das oberste Kriterium ist die Lissabon-Strategie, wo drinsteht: Direkte Vermarktung von Forschungsergebnissen, Sponsoring und Studiengebühren sind die zentralen Einnahmequellen von Universitäten. Da steht nichts von Freiheit der Wissenschaft und Lehre. Wir kommen immer weiter weg von einem Ideal, das die Universitäten eigentlich immer getragen haben.

Sünkel: Geld ist zwar nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. In irgendeiner Form bildet sich natürlich auch die eine oder andere Aktivität, auch an Universitäten, finanziell ab. Wenn man wirklich hervorragende Studienprogramme anbieten möchte, sind die nicht zum Nulltarif erhältlich.

Müller: Wer bekommt aber jetzt den Schwarzen Peter für die Umsetzung von Bologna: die vagen Vorgaben, die nationale Politik oder die Universitäten?

Sünkel: Man kann die Defizite nicht an einer Institution festmachen. Die Erwartungshaltung des Wissenschaftsministeriums war, den Bologna-Prozess möglichst rasch und zum Nulltarif umzusetzen, weshalb die Begeisterung der Universitäten enden wollend war. Zweitens waren Industrie und Wirtschaft starke Befürworter des Bologna-Prozesses in der Erwartung, dass man nach kurzer Zeit – drei Jahren – fertige, kostengünstige Absolventen als ungebundene Mitarbeiter zur Verfügung hat. Diese Erwartungen waren zu hoch gesteckt.

Maurer: Es gab eine große Frustration in den Gremien – die Senate waren legislativ völlig überfordert. Man hat nur die Instrumente, die ECTS-Punkte, die Abschlüsse wie den dreijährigen Bachelor umgesetzt, aber um die eigentlichen Ziele von Bologna, wie Employability

oder Mobilität, hat man sich nicht gekümmert. Die Diskussion um die Begriffsbedeutung muss nachgeholt werden. Es kann nicht sein, dass das Ministerium ein Gesetz vorgibt und sagt: „An Bologna orientieren“, und nicht in der Lage ist zu erklären, was damit gemeint ist.

Müller: Viele der Probleme haben aber nicht unbedingt mit Bologna zu tun. Wird der Prozess da nicht als Sündenbock für viele Fehlentwicklungen hergenommen?

Maurer: Minister Hahn hat erklärt, 50 Prozent der Bachelors müssen sofort in die Wirtschaft gehen – mit Hinweis auf Bologna. Da liegt die Verantwortung schon auch auf Ministeriums-



seite. Bologna wird für alles Mögliche missbraucht. Aber man muss in dem Kontext viele Dinge mitdiskutieren, etwa den Einzug der weiteren Selektion zwischen Bachelor und Master.

Sünkel: Bologna ist in der Tat ein Instrument, an dem man so manche Probleme letztlich anheftet – etwa die Qualität der Lehre. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ihre Bedeutung immer durch Forschungsleistungen erworben – das ist vielleicht auch der Grund, warum die Lehre über viele Jahre eher geringgeschätzt wurde. Gerade da hat Bologna aber eine Bewusstseinsänderung geschaffen, nämlich die Bedeutung der Lehre zu heben.

LEISTUNGSVEREINBARUNGEN UND WISSENSBILANZ: NACH ZÄHEM RINGEN HANDELSEINS

Die Verhandlungen über die Leistungsvereinbarungen zwischen Wissenschaftsministerium (BMWF) und den einzelnen Universitäten über die Budgetperiode 2010 bis 2012 beschäftigten im abgelaufenen Jahr nicht nur das **Forum Budget** der Universitätenkonferenz (uniko). Ein Schreiben des BMWF vom Februar an die 21 Rektoren hatte aufgrund der Diktion und seines Inhalts breiten Unmut der Universitätsleitungen ausgelöst und führte Ende März zu einer Aussprache zwischen dem Generalsekretär des BMWF, Friedrich Faulhammer, und den Mitgliedern der uniko-Plenarversammlung. Dabei stellten die Rektoren klar, dass die vom Ministerium beabsichtigte „Detailsteuerung“ der Universitäten als „nicht akzeptabel“ empfunden wird und Leistungsvereinbarungen von der uniko als „zweiseitiger Vertrag gleichberechtigter Partner“ betrachtet werden. Letztlich gelang es – allen atmosphärischen Eintrübungen zum Trotz –, sämtliche Leistungsvereinbarungen bis zum Jahresende abzuschließen.

Wie sich herausstellte, lag die Gesamtsumme der angebotenen Budgetmittel in Höhe von 7,122 Milliarden Euro für die dreijährige Leistungsvereinbarungsperiode unter der im Bundesvoranschlag angegebenen Summe. Gegenüber der vorangegangenen Periode 2007 bis 2009 bedeutet dies eine durchschnittliche Steigerung von 8,5 Prozent, in Einzelfällen lediglich 4,3 Prozent. Die vom **Forum Budget** gesammelten Erfahrungen zum sogenannten Formelbudget – es beträgt 20 Prozent des Globalbudgets und wird anhand von Indikatoren (Studienabschlüsse etc.) festgelegt – flossen zwar noch nicht in die neuen Leistungsvereinbarungen ein. Um die Berechnungsgrundlagen

mittelfristig transparenter zu gestalten, wurde auf Initiative des Forumsvorsitzenden, Rektor Heinrich Mayr, eine Liste von Vorschlägen zur Diskussion präsentiert.

Ins Finale ging hingegen nach intensiven Gesprächsrunden der uniko bzw. der Forumsmitglieder mit dem Bundesministerium das Ringen um eine Neugestaltung der Wissensbilanz: Diese dient der ganzheitlichen Darstellung, Bewertung und Kommunikation von immateriellen Vermögenswerten und Leistungsprozessen der Universität und deren Wirkungen und soll Mitte 2010 neu in Kraft treten. Als wesentlicher Fortschritt aus Sicht des Forums gilt die Reduzierung der bisherigen 53 Kennzahlen um die Hälfte. Die „Wissensbilanz neu“ wird künftig in einen „Jahresbericht“ (narrativer Bericht zu den Aufgaben der Universität), in „Kennzahlen“ (intellektuelles Vermögen, Kernprozesse, Output und Wirkung) sowie in einen „Leistungsbericht“ (Umsetzung der Ziele und Vorhaben der Leistungsvereinbarungen) gegliedert. So wie der Rechnungsabschluss ist die Wissensbilanz künftig bis 30. April jedes Jahres vom Rektorat dem Universitätsrat vorzulegen, der die Wissensbilanz innerhalb von vier Wochen zu genehmigen und an das Bundesministerium weiterzuleiten hat.

Konkrete Formen nahmen im **Forum Budget** auch Überlegungen zur Berechnung der Studienplatzfinanzierung an, zudem wurden Modelle zur Umsetzung von Kosten- und Leistungsrechnungen geprüft. Die uniko möchte sich 2010 gemeinsam mit Partnerorganisationen aus anderen Ländern an einem Pilotprojekt der European University Association (EUA) beteiligen. *mk*

FORSCHUNGSSTRATEGIEN ALLERORTEN: uniko ALS KONTAKTSTELLE FÜR REGIERUNG UND PARTNER

Der Aufmarsch der Strategen, angetreten zum Streit um die höhere Ehre und bessere Dotierung der heimischen Forschung, erreichte 2009 beachtliche Dimensionen: Im Frühjahr präsentierte der Rat für Forschung und Technologieentwicklung seine Strategie 2020, im Mai folgte das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) mit seiner Systemevaluierung der Forschungsförderung, und im November ging die Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer nationalen Forschungsstrategie der Bundesregierung über die Bühne. Diese soll, aufbauend auf den Ergebnissen des „Forschungsdialogs“ mit Unterstützung des Forschungsrates und unter Einbindung „hochrangiger Beratungsorgane“, zur Jahresmitte 2010 Ergebnisse präsentieren. Auf Einladung des Bundeskanzleramtes wurden die von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppen mit mehreren Mitgliedern des **Forums Forschung** der Universitätenkonferenz (uniko) beschickt.

Die Aufgabe der uniko-Delegierten, die anderen Stakeholder von den Positionen der Universitäten zu überzeugen, kann angesichts der 2009 sicht- und spürbaren Verteilungskämpfe um schwindende Budgetmittel nicht wichtig genug eingeschätzt werden: Bereits im Mai wandte sich uniko-Präsident Christoph Badelt gegen die Begehrlichkeiten des Forschungsrates, die General University Funds (GUF) zugunsten kompetitiver Mittel zu reduzieren. Auch der Vorsitzende des **Forums Forschung**, Vizerektor Heinz Engl, ließ in dieser Hinsicht

nicht locker und versuchte in persönlichen Gesprächen mit dem Rat ein Umdenken zugunsten der Universitäten herbeizuführen.

Was sich zu Jahresbeginn mit der Sistierung der Overhead-Kosten, also der Abgeltung von zusätzlichem Aufwand für Universitäten bei Forschungsprojekten des FWF, andeutete, fand im Sommer als Folge des Diktats leerer öffentlicher Kassen seine Fortsetzung: Das Wissenschaftsressort teilte dem **Forum Forschung** mit, es werde das sogenannte „uni:invent“-Programm zur Unterstützung österreichischer Universitäten bei der Bewertung, Patentierung und Verwertung von Erfindungen auslaufen lassen. Allerdings kündigte das ebenfalls an „uni:invent“ beteiligte Wirtschaftsministerium an, es werde Vorsorge getroffen, um nach 2010 eine nochmalige Verlängerung dieser Form von Technologietransfer zu ermöglichen. Bei der bis 2013 gültigen Kooperationsvereinbarung der uniko mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) wurden eine Zwischenevaluierung sowie eine jährliche Spezifizierung der Punktation vereinbart.

Ein deutlich gesteigertes Interesse gegenüber dem Vorjahr registrierte das vom **Forum Forschung** ausgerichtete Universitätenforum Alpbach, das 2009 dem Thema „Computational Science & Engineering“ gewidmet war und potenzielle Kooperationspartner aus der Wirtschaft, aber auch aus dem öffentlichen Bereich anlockte. mk



KOMMENTAR

BERLIN UND ALPBACH – ZWEI SCHAUPLÄTZE BILDUNGSTHEORETISCHER WEICHENSTELLUNGEN



Wolfgang Nedobity
Mag.
Referent für
Budget und Forschung

Im Jahr 1809 schloss sich Wilhelm von Humboldt als Leiter der Sektion für Unterricht und Cultus im preußischen Innenministerium mit anderen Reformern zusammen, um sein Modell einer Universität durchzusetzen. Dieses baut auf einer Mischung moderner und traditioneller Elemente auf: Ein wesentliches Ziel dabei ist es, die Studierenden durch die Teilhabe an Wissenschaft und Forschung zu bilden und die Autonomie der Wissenschaften zu garantieren.

Das Jubiläumsjahr wurde auch zum Anlass genommen, die geistigen Wurzeln Humboldts wieder in den Blickpunkt zu rücken. Diese gehen sowohl auf die Jugendjahre der Gebrüder Humboldt als auch auf das Gebiet der Kunst zurück. Um 1790 bekamen die Brüder Zugang zu den Vorlesungen von Karl Philipp Moritz an der Berliner Akademie. Vor allem zwei seiner Schriften erwiesen sich als Fundgrube: „Versuch einer Vereinigung aller schönen Künste und Wissenschaften“ (1785) und „Über die bildende Nachahmung des Schönen“ (1788). Die dort behandelten Grundsätze über die ästhetische Autonomie überträgt Wilhelm von Humboldt später auf die Wissenschaften und wird damit Wegbereiter der Grundlagenforschung. Nach zweihundert Jahren der Fortentwicklung sowohl auf dem Gebiet der Kunst als auch der Wissenschaften erscheint es sinnvoll, die Bezugspunkte der beiden Bereiche neu zu definieren.

2009 wurden zwei Meilensteine gesetzt. Zum einen hat durch die Projektausschreibung und die Vergabe im Rahmen des Programms zur Entwicklung und Erschließung der Künste (PEEK) des FWF eine transdisziplinäre Diskussion über Ziele und Methoden von künstlerischer Forschung begonnen. Mehr als 50 Einreichungen und sieben bewilligte Projekte haben das große Interesse von Künstlerinnen und Künstlern wie auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gezeigt. Österreich ist das erste Land, das diesen Förderungsansatz an der Schnittstelle zwischen Kunst und Wissenschaft entwickelt und als Forschungsprogramm etabliert hat.

Zum anderen hat das Forum Forschung der Universitätenkonferenz den Beschluss gefasst, das kommende Universitätenforum in Alpbach unter das Thema „Arts-based Research“ zu stellen. Die einzelnen Universitäten werden in ihren Beiträgen die Entwicklung und Rezeption neuer Kunstformen, künstlerischer Ausdrucksweisen und Methoden sowie deren Konnex zu wissenschaftlicher Forschung behandeln. Es soll auch gezeigt werden, dass Prozesse, bei denen künstlerische Wissensproduktion von Reflexion begleitet wird, zu einem Erkenntnisgewinn für die Gesellschaft insgesamt führen. Weiters wird dadurch der Bildungsbegriff aus Sicht der Kunstuniversitäten zur Diskussion stehen.

WARNSIGNALE UND KURSKORREKTUREN DER uniko IN INTERNATIONALER KOOPERATION

Die endlos scheinende Geschichte des österreichischen Fremdenrechtes mit seinen Auswirkungen auf Studierende und Forschungspersonal aus dem Ausland wurde 2009 um ein weiteres Kapitel bereichert. In der Stellungnahme der Universitätenkonferenz (uniko), erarbeitet vom **Forum Internationales**, wurden Ende Juli zwar die Fortschritte in einigen wenigen Punkten hervorgehoben, letztlich überwog aber die Kritik an fehlenden Lösungsansätzen.

So begrüßte die uniko unter anderem, dass Forscher/innen mit Aufenthaltsbewilligung, sprich Aufnahmevereinbarung der Forschungseinrichtung, künftig nach zwei Jahren in Österreich eine „unbeschränkte Niederlassungsbewilligung“ erhalten können. Allerdings wurde auch deutlich bemängelt, dass in der Novelle für wiederholt auftretende Probleme wie Verlust des Visums oder fehlerhafte Visa keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielt wurden. Auch die lange Verfahrensdauer löst, wie die uniko festhielt, vor allem bei Stipendiaten/innen des OeAD (Österreichischer Austauschdienst) Unbehagen aus. Diesen würden nach wie vor durch Wartezeiten von bis zu fünf Monaten zusätzliche Kosten und Belastungen erwachsen. Damit nicht genug: Die Berufung der Fremdenrechtsbehörden auf Deutsch als Amtssprache führe mitunter dazu, dass Dokumente in englischer Sprache nicht akzeptiert werden, was bei international tätigen Forschern/innen höchste Verwunderung hervorruft.

Bereits im April hatte der Vorsitzende des **Forums Internationales** und Montanuni-Rektor Wolfhard Wegscheider gemeinsam mit Vertretern/innen des OeAD und der Fachhochschulkonferenz im Rahmen des „Runden Tisches

– Bildungszusammenarbeit“, auf einen kaum beachteten Aspekt aufmerksam gemacht: So seien in Österreich rund 13.000 Studierende aus Entwicklungsländern von Restriktionen oder unklaren Rahmenbedingungen betroffen, hieß es bei der Präsentation des Papiers auf einer Tagung an der Universität für Bodenkultur im April. Die Teilnehmer/innen warnten vor dem eingeschlagenen Trend, die Förderungsmaßnahmen für tertiäre Bildung immer mehr in die Entwicklungsländer zu verschieben – zu Lasten der in Österreich Studierenden aus Drittländern.

Eine erste diesbezügliche Kurskorrektur konnte das **Forum Internationales** verbuchen, nachdem die Vertreterin der Austrian Development Agency (ADA) als Mitautorin des „Strategiepapiers für Hochschulbildung und Wissenschaftskooperation“ zu einer Besprechung ins Forum eingeladen worden war. Rektor Wegscheider stellte klar, dass diese Strategie – anders als bei der Erarbeitung des Papiers gehandhabt – nur mit Einbindung und Unterstützung der Universitäten umgesetzt werden kann.

Dies führte in der Folge bereits zu einem ersten Workshop von Universitätsvertretern mit der ADA, einem Unternehmen der „Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ (vormals Entwicklungshilfe), das als Tochtergesellschaft des Bundes – vertreten durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten – seit der Gründung 2004 für die bilateralen Programme und Projekte verantwortlich ist. Auch mit dem OeAD wird, nach seiner Umwandlung in eine GmbH und der Verwirklichung des neuen Unternehmenskonzepts 2010, eine bessere Abstimmung seitens der Universitäten angestrebt. mk



LEHRERBILDUNG UND NEUE LERNFORMEN: UNI-EXPERTEN AN ALTEN UND NEUEN FRONTEN

F Die kühne Vision der Verschmelzung von Pädagogischen Hochschulen (PH) und Universitäten ging auch 2010 nicht in Erfüllung – dafür wurden nach Jahren wenig ergiebiger Synergiediskussionen bei der künftigen Aufgabenverteilung zwischen PH und Uni erstmals Fortschritte erzielt. Neben acht anderen Expertinnen und Experten waren auch zwei Mitglieder des **Forums Lehre** der Universitätenkonferenz (uniko), Vorsitzender und Vizerektor Arthur Mettinger (Universität Wien) sowie Vizerektor Martin Polaschek (Universität Graz), zu Jahresbeginn eingeladen, in einem von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium eingesetzten Gremium Empfehlungen zur Zukunft der pädagogischen Berufe auszuarbeiten.

Das zum Jahresende präsentierte Ergebnis des Thinktanks: Für alle auf Lehrer/innen ausgerichteten Berufsbilder soll ein Drei-Phasen-Modell installiert werden, beginnend mit akademischer Grundausbildung, berufsbegleitender Induktionsphase und schließlich klassischer bzw. berufsqualifizierender Weiterbildung. Davor wird ein Aufnahmeverfahren für alle pädagogischen Berufe eingerichtet. Auch wenn die uniko-Forderung, alle Sekundarschullehrer/innen auf Masterniveau zu qualifizieren, nicht eingelöst wurde, so konnte für diese immerhin das Ziel einer einheitlichen universitären Grundausbildung verankert werden, stellte Mettinger mit Genugtuung fest. Dennoch bleibt für das **Forum Lehre** eine Reihe von Fragen – etwa die Aufgabenprofile von Lehrern/innen – nach wie vor offen, womit auch in den kommenden Jahren für Diskussionsstoff auf politischer Ebene gesorgt ist.

Vom Dauerbrenner Bologna-Prozess abgesehen kristallisierten sich als weitere Schwerpunk-

te des Forums die Fragen „non-formales und informelles Lernen“ sowie „berufsbegleitendes Studium“ heraus – zu beiden Themen verabschiedete die uniko jeweils ein Positionspapier, das vom **Forum Lehre** aufbereitet wurde. Im ersten Fall wurde festgehalten, dass sich die uniko den Bildungszertifikaten, die nicht aus dem Bereich des formalen Lernens stammen, nicht verschließen möchte. Sollte es allerdings politischer Wille sein, einen Ausbau alternativer Zugänge zur Universität zu befürworten, so sei eine entsprechende Finanzierung zur Verfügung zu stellen, da die Kosten für die Entwicklung der Messverfahren und die jeweiligen Zertifizierungen inklusive des administrativen Aufwands nicht von den Universitäten getragen werden können. Zudem wurde betont, dass die Anerkennung facheinschlägiger Tätigkeiten für ein Studium nur durch die bzw. an den Universitäten selbst erfolgen kann.

Nicht zuletzt durch den wachsenden Druck seitens des Bundesministeriums auf die Universitäten, der steigenden Erwerbstätigkeit der Studierenden Rechnung zu tragen, sah sich die uniko auch beim berufsbegleitenden Studium zu einer Klarstellung veranlasst: Erstens sei ein gleichzeitiges Angebot eines Vollzeitstudiums und eines berufsbegleitenden Studiums ohne Zusatzmittel nicht finanzierbar; zweitens werde aufgrund der geringen Nachfrage eine Umsetzung berufsbegleitender Studienprogramme in Bachelor-Studien von Universitätsseite nicht angestrebt; drittens erachten es die meisten Universitäten sehr wohl als sinnvoll, verstärkt Konzepte für berufsbegleitende Masterprogramme auszuarbeiten. Die zum Jahresende ausgebrochene kontroversielle öffentliche Diskussion dürfte auch 2010 ihre Fortsetzung finden. *mk*

BOLOGNA-SPEZIFISCHE PROJEKTE DER uniko: WEGMARKE FÜR UNIVERSITÄTEN IM WANDEL

Elisabeth Westphal
Mag.
Referentin für
Bologna-Prozess,
Hochschulbildung in Europa
und Lehre



2009 war für die Bologna-spezifischen Projekte der Universitätenkonferenz (uniko) die große Wegmarke: Die uniko hatte beschlossen, den Fokus auf drei Themenbereiche (Doktoratsstudium neu, berufliche Relevanz der neuen Abschlüsse Bachelor und Master, non-formales und informelles Lernen) zu legen, die sich national und international in Transformationsprozessen befinden und denen vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Zum ersten Themenschwerpunkt „Doktoratsstudium neu“ fanden insgesamt drei Veranstaltungen statt, die inhaltlich aufeinander aufbauten und einen Einblick in das breite Spektrum gaben, von den internationalen Entwicklungen bis zur Qualitätssicherung. Die abschließende international ausgerichtete Konferenz, die mit der European University Association (EUA) organisiert wurde, setzte sich mit einer das Doktoratsstudium auf europäischer Ebene betreffenden neuen Thematik auseinander, die weitergeführt werden soll.

Die berufliche Relevanz der neuen Abschlüsse Bachelor und Master bildete den zweiten, sehr komplexen Schwerpunkt, der sich in drei Bereiche aufgliederte: *Career Center*, *Curricula-Entwicklung* und *Berufliche Relevanz des Bachelor-Abschlusses*: Themen, die in dieser Art auf nationaler Ebene teilweise zum ersten

Mal breit diskutiert wurden. Beim Workshop zu *Career Center* – einem wesentlichen Bestandteil der Universität – wurden nicht nur Beispiele aus unterschiedlichen Ländern besprochen, sondern es wurde auch der Grundstein zur Gründung eines Dachverbandes für *Career Center* gelegt, dem mittlerweile fast die Hälfte der österreichischen Universitäten angehören. – Auf die Diskussion der Curricula-Entwicklung als Kernstück der Aufgaben einer Universität folgte zwangsläufig die Auseinandersetzung über die berufliche Relevanz des Bachelor-Abschlusses: So wurde ausführlich auf den im deutschen Sprachraum teils falsch verstandenen *Employability*-Begriff eingegangen bzw. sollte der Begriff aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden.

Mit einer Konferenz und einer Publikation zu „non-formalem und informellem Lernen“ dokumentierte die uniko erstmals öffentlich die Bedeutung dieser Thematik. In allen Fällen wurde das Ziel erreicht, Diskussions- und Informationsmöglichkeiten zu bieten, was Besucherzahlen und Feedback bestätigten. Die Erwartungen, Vertreter/innen von unterschiedlichen Ebenen österreichischer Universitäten wie auch von kooperierenden Institutionen als Teilnehmer für die Projekte zu gewinnen, haben sich erfüllt. Dem Wissenschaftsministerium, das die Realisierung dieses Projektes ermöglicht hat, sei für die finanzielle Unterstützung gedankt. 

DACHVERBAND

VERHANDLUNGS-MARATHON BEENDET: KOLLEKTIVVERTRAG SEIT OKTOBER IN KRAFT

Nach mehr als sechsjährigen Verhandlungen wurde 2009 der Marathon um den Abschluss eines Uni-Kollektivvertrags (KV) für das wissenschaftliche, künstlerische und allgemeine Universitätspersonal beendet. Am Dienstag, dem 5. Mai, unterzeichneten im Wiener Palais Strudlhof die Spitzenvertreter des **Dachverbandes der Universitäten** und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) feierlich unter dem Beifall aller Beteiligten das Vertragswerk.



Der scheidende Vorsitzende des Dachverbandes und vormalige Rektor der Universität Linz, Rudolf Ardel, sprach allen Vertragspartnern, insbesondere dem stellvertretenden GÖD-Vorsitzenden Wilhelm Gloss, seinen Dank für das Zustandekommen des KV aus, der eine neue Grundlage für die Personalentwicklung an den Universitäten schafft. Zuvor war in der Sitzung des Dachverbandes der Rektor der Universität Wien, Georg Winckler, zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Der **Dachverband der Universitäten** ist die gesetzliche Interessenvertretung auf Arbeitgeberseite und wird von der Österreichischen Universitätenkonferenz personell und finanziell betreut.

Das ehrgeizige Unterfangen stand in den vergangenen Jahren mehrmals auf der Kippe. Im März 2009 wurde von der uniko sogar

eine außerordentliche Plenarversammlung einberufen, die schließlich zu einer Empfehlung an den Dachverband führte, den KV – aus Kostengründen mit Übergangsbestimmungen – zu unterzeichnen und mit 1. Oktober 2009 in Kraft zu setzen. Nach einigen „Modifikationen“ zeigten sich sowohl Gewerkschaft als auch der Dachverband mit dem Ergebnis einverstanden – auch wenn die ursprünglich errechneten Mehrkosten von 80 Millionen Euro jährlich

nicht abgedeckt werden (Minister Hahn hat 50 Millionen Euro für 2009, für die Folgejahre jeweils 30 Millionen bereitgestellt).

Der vormalige Rektor der Universität Linz, Rudolf Ardel, äußerte in seiner letzten Rede als Vorsitzender des Dachverbandes seine Genugtuung über den erfolgreichen Schlussakt seiner Tätigkeit: „Es

gab Augenblicke, in denen ich Zweifel hatte. Aber es hat sich ausgezahlt, dass ich ausgeharrt habe.“ Sein Pendant in der Gewerkschaft, Wilhelm Gloss, erklärte: „Wir haben eine Koproduktion im besten Sinn des Wortes zustande gebracht und sind nicht mehr angewiesen auf Beschlüsse des Nationalrates oder Eingriffe des Wissenschaftsministeriums.“

Beide Verhandlungsteams hatten nach der mehr als sechsmonatigen Zwangspause – eine Folge des Koalitionsbruches und der Neuwahlen im Herbst 2008 – Anfang 2009 Nervenstärke bewiesen, die letztlich honoriert wurde (das Verhandlungsteam des Dachverbandes von links: Gerald Bast, Ulrich Bauer, Walter J. Pfeil, Rudolf G. Ardel, Markus Grimm, Peter Holubar, Doris Schöberl; nicht im Bild: Rudolf Hofstötter). mk



1 REKTOREN-TRIAS I:

In einer spontan einberufenen Pressekonferenz fordern am 26. November seitens der uniko Präsident Christoph Badelt (Mitte), Stellvertreter Gerald Bast (rechts) und Präsidiumsmitglied Georg Winckler

Konsequenzen von Regierung und Parlament aus dem Hochschuldialog, speziell zur Uni-Finanzierung.

2 PREMIERE DES JAHRZEHNTS:

Erstmals in der jüngeren Geschichte machen die Spitzen der Universitätenkonferenz und der HochschülerInnenschaft gemeinsame Sache - Christoph Badelt und Samir Al-Mobayyed verkünden am 16. Jänner in einer Doppelconference den Start zur Informationskampagne für 300.000 Uni-Angehörige.

3 BUND FÜRS UNI-LEBEN:

Nicht ohne Stolz präsentieren der Vorsitzende des Dachverbands der Universitäten, der Linzer Altrector Rudolf Ardel (links), und der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Wilhelm Gloss, am 5. Mai im Wiener Palais Strudlhof ihre Unterschrift unter den Uni-Kollektivvertrag.

4 REKTOREN-TRIAS II:

Im Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten äußern die Rektoren Wolfhard Wegscheider (links), Georg Winckler und Stephan Schmidt-Wulffen am 17. September erstmals öffentlich ihren Unmut gegenüber der Vorgangsweise des Bundesministeriums bei den Leistungsvereinbarungen.

5 GRUPPENBILD MIT DAME:

Beim „Trilateralen Treffen“ der deutschsprachigen Rektorenkonferenzen an der Uni Salzburg am 24. September begrüßt Gastgeber Heinrich Schminding (links) die Präsidentin der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Margret Wintermantel, flankiert von Christoph Badelt und Georg Winckler.

6 MIDNIGHT-SPECIAL:

Der frisch gekürte neue uniko-Präsident, Rektor Hans Sünkel, gibt im ORF-Landesstudio in Graz am 16. Dezember kurz nach Beginn der Geisterstunde ein Interview für die ZiB 24.

KOMMENTAR

„CALLCENTER“ PEEK – REGE NACHFRAGE BEI FÖRDERUNGSPROGRAMM FÜR DIE KÜNSTE



Gerald Bast
Dr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Kunstuniversitäten

Die Implementierung eines eigenen Förderungsprogramms im Bereich Entwicklung und Erschließung der Künste – analog zu Förderungsprogrammen im Bereich der wissenschaftlichen Grundlagenforschung – war das große Ziel der Kunstuniversitäten in den letzten Jahren. Im letzten Halbjahr 2009 war es endlich so weit und die Kunstuniversitäten konnten gemeinsam mit dem Wissenschaftsfonds (FWF) einen Meilenstein setzen, der langfristig große Wirkung für die Situation der österreichischen Kunst verspricht.

Vom 25. Juni bis 1. September 2009 konnten Projektanträge im Rahmen des Programms zur Entwicklung und Erschließung der Künste (PEEK) gestellt werden. PEEK ist eine Programm-Initiative des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BWF), das Programm wird vom FWF betreut. Das Vergabevolumen für die erste Ausschreibung betrug 1,5 Millionen Euro. Der Ausschreibung vorausgegangen war ein Letter-of-Interest-Verfahren. Potenziellen Antragstellern/innen wurde die Möglichkeit zur Interessensbekundung geboten. Mit rund 200 eingereichten Letters of Interest hat die an der Programmidee interessierte Community entscheidend dazu beigetragen, das Programm zu gestalten, und die anfäng-

lichen Bedenken konnten durch dieses umfangreiche Interesse ausgeräumt werden.

Beim ersten Call wurden 57 Anträge im Wert von rund 13,7 Millionen Euro gestellt: 38 Projektanträge kamen von Kunstuniversitäten, sieben von allgemeinen Universitäten und 12 von außeruniversitären Einrichtungen. Den Prinzipien des FWF folgend, wurden die Projekte international begutachtet. Für die Durchführung des Begutachtungsverfahrens wurde von Seiten des FWF eigens ein internationaler PEEK-Fachbeirat eingerichtet. Die sieben Förderempfehlungen wurden an das Kuratorium weitergeleitet und von diesem im Rahmen der 26. Sitzung einstimmig beschlossen. Die Fördersumme hatte schließlich ein Volumen von 1,8 Millionen Euro.

Sechs der sieben ausgewählten Projekte sind von Kunstuniversitäten (drei von der Universität für angewandte Kunst, je eines von der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz, der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz sowie von Institut für die Wissenschaften vom Menschen). Derzeit ist der zweite Call mit Einreichende 12. Mai 2010 geöffnet. Es steht wiederum ein Finanzierungsvolumen von 1,5 Millionen Euro zur Verfügung.

ALLEN TURBULENZEN ZUM TROTZ: MED-UNIS PUNKTEN MIT EIGENINITIATIVEN



Wolfgang Schütz
Univ.-Prof. Dr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Medizinische Universitäten

Die Enttäuschung manifestierte sich bereits am Jahresanfang: Der für die Medizinischen Universitäten wichtige Wissenschaftsfonds FWF wurde deutlich schlechter dotiert und brachte damit einige laufende und durch ihn unterstützte Forschungsprojekte ins Wanken. Trotz der von Minister Hahn damals in Aussicht gestellten zusätzlichen 1,6 Milliarden Euro für die Unis in der neuen Leistungsvereinbarungsperiode 2010 bis 2012 herrschte unter den Medizinwissenschaftlern/innen große Verunsicherung. Einmal mehr wurde offensichtlich, dass sich die budgetäre Ausstattung der Med-Unis in Österreich am unteren Ende befindet. Durch die dritte Säule, den Klinikbetrieb, fließt ein Großteil der Globalbudgets in die Abgeltung von Lohnkosten, vor allem bei Nachtdiensten und Überstunden. Für Forschung und Wissenschaft bleibt hier nicht viel übrig.

Ein zweites großes Thema war der immer wieder auftauchende „Gender Bias“ bei den Eignungstests für die Med-Unis. Obwohl sich mehr Frauen dafür angemeldet hatten, wurden letztlich mehr Männer aufgenommen. 2009 wurden daher von allen Med-Unis Initiativen ergriffen, um diesem Phänomen auf die Spur zu kommen. Die Med-Uni Wien

startete ein Forschungsprojekt, das im Sommer 2010 erste Ergebnisse präsentieren soll. Die Med-Uni Graz hat sich für einen verpflichtenden Teil, der die sozialen Kompetenzen der Kandidaten prüft, als Zusatz zum Aufnahmetest 2010 entschieden. Es gilt nun abzuwarten, ob sich 2010 der Trend fortsetzt oder die ersten Maßnahmen schon greifen werden.

Für die Med-Uni Innsbruck brachte das Jahr 2009 nach turbulenten Zeiten ohne Führungsspitze einen Neubeginn. Der Charité-Mediziner Univ.-Prof. Dr. Herbert Lochs wurde zum neuen Rektor der Medizinischen Universität Innsbruck bestellt. Gemeinsam haben die drei Med-Uni-Rektoren mehrfach der kontinuierlichen Forderung der Oberösterreicher nach einer vierten Med-Uni in Linz einen negativen Bescheid ausgestellt – vor allem, aber nicht nur angesichts des geringen Budgets, das für die bestehenden Med-Unis zur Verfügung steht. Hier bleibt zu hoffen, dass die Leistungsvereinbarungen für 2010 bis 2012 ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung für eine weitere Steigerung der internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Med-Unis sein werden.

GASTKOMMENTAR

PROTESTIERENDE STUDIERENDE UND ANDERE UNIVERSITÄRE MISSVERSTÄNDNISSE



Erich Witzmann
Dr.
langjähriger Leiter des
Ressorts Bildungspolitik der
Tageszeitung DIE PRESSE
bis 31. Jänner 2010

R Die schon überfällige Adaptierung des Universitätsgesetzes 2002 (UG-Novelle) hat im ersten Halbjahr 2009 die Hochschulpolitik bestimmt. Im Oktober folgte mit Beginn des Studienjahres der unverminderte, für manche überraschend hohe Ansturm auf die Universitäten, dann sorgten die wochenlangen Hörsaalbesetzungen für Turbulenzen, schließlich gab es den Startschuss für den Hochschuldialog, gleichzeitig den langsamen Abschied des Wissenschaftsministers und – zum Drüberstreuen – einen Wechsel an der Spitze der Universitätenkonferenz (uniko).

In der UG-Novelle konnte die uniko einige ihrer Forderungen durchsetzen, aber mit Beginn der Studentenproteste wurden alle, selbst die Hochschülerschaft, von den Ereignissen überrollt. Wer hätte gedacht, dass sich das erste Unbehagen über die Bologna-Architektur an der Akademie der bildenden Künste zu einem gesamtösterreichischen Flächenbrand ausweitete? Minister Johannes Hahn glaubte vorerst, die Studentenforderungen negieren bzw. aussitzen zu können, ebenso die Uni-Leitungen. Dann solidarisierten sich die Lektoren, weiters der Mittelbau, schließlich Professoren mit den beiden Hauptstoßrichtungen: Es gibt zu wenig Geld für die Universitäten, und die neuen Bachelor-Studien beschneiden bisherige Freiräume.

Im zweiten Punkt wird eines der großen Missverständnisse sichtbar: Die Universitäten verstehen sich als Lehranstalten und Forschungsstätten. Zielorientierte Studierende, die möglichst rasch viel Wissen und ihre Abschlüsse erwerben wollen, sind da gut bedient. Jenen aber, die an der Universität einen umfassenden, auch konträren Diskurs suchen, fehlt etwas: Sie suchen die auch abseits der Curricula mögliche Bildung. Auch diese Gruppe ist, so sie nicht ins Destruktive abgeleitet, für jede Universität wichtig. Es war ein Fehler, dass der Aufbau der Bachelor-Studien im inneruniversitären Dialog nicht genug kommuniziert wurde. Da hätte man falsche Entwicklungen beseitigen, aber auch den Vorteil eines frühen (Zwischen-)Abschlusses hervorheben können.

Autonome Universitäten dürfen sich nicht auf das Ministerium ausreden, sie müssen selber zu den Problemlösungen beitragen. 2009 haben sie Glück gehabt, dass sich der Zorn der protestierenden Studenten gegen den Minister gerichtet hat. Demnächst könnten diese die Rektorate als ihre ersten Ansprechpartner entdecken. Dem kann man nur mit einer offensiven Strategie begegnen: Die Uni-Leitungen müssen sich in die Rolle der Studierenden, die sie ja vertreten, versetzen und (auch) aus deren Blickwinkel Hochschulpolitik machen. Dann könnte 2009 für alle ein Erfolg gewesen sein.

EIN PLUS AN BREITE UND AN SPITZE – UND EIN UNGEAHNTER WERTUNGSEXZESS



Manfred Kadi
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit

R Mehr Breite und mehr Spitze: Diese allgemeine Zielvorgabe für Europas Universitäten hat sich die Universitätenkonferenz (uniko) 2009 speziell für die Adressaten der Pressearbeit zu eigen gemacht – mit einer rekordverdächtigen Resonanz. Eine Breitenwirkung, wie sie zu Jahresbeginn in Österreichs auf-lagenstärkstem Printmedium, der KRONEN ZEITUNG, glückte, kommt nicht alle Tage vor. Als Folge der Informationskampagne der uniko gelang es, beginnend mit der Sonntagsausgabe der KRONE vom 25. Jänner mit einer Reichweite von fast vier Millionen Leserinnen und Lesern, ein bisher kaum erreichtes Massenpublikum mit den Nöten und Sorgen der Universitäten vertraut zu machen.

KRONE-Herausgeber Hans Dichand hatte sich bereit erklärt, unter dem Motto „Universitäten im Dienste Österreichs“ fünf Wochen lang in den folgenden Samstagsausgaben eine komplette Seite für Kommentare und Leserbriefe bereitzustellen. Was von mehreren Rektoren, angeführt von uniko-Präsident Christoph Badelt, von Professoren und Studierenden ausgiebig genutzt wurde. Auch die Medienorgel ORF wurde von uniko-Mitgliedern nach Herzenslust bedient: Allein die drei Auftritte Badelts in der ZiB 2 im Oktober bzw. in der Diskussionsrunde „Im Zentrum“ im November wurden zusammen-gerechnet von 1,1 Millionen Zuseherinnen und Zusehern verfolgt.

Über mangelndes Medienecho bei den Qualitätszeitungen konnten sich die Rektoren ohnehin nie beklagen, doch auch in diesem Segment war eine Steigerung, mehr Spitze, zu registrieren. Mehrere ganzseitige Interviews in PRESSE, STANDARD und KURIER mit dem „Rektorenchef“, garniert mit Kommentaren, in denen die Argumente der uniko auf wachsende Zustimmung stießen, sind ein Beleg dafür, dass die „Stimme der Universitäten“ bei den Meinungsbildnern zunehmend Gehör findet. Die verstärkte Präsenz des Präsidenten führte Ende Oktober sogar dazu, dass sich Badelt bei einer Online-Umfrage der PRESSE „Wer soll Johannes Hahn als Wissenschaftsminister folgen?“ zeitweilig an der Spitze einer Namensliste wiederfand.

Das schönste Kompliment für den abtretenden uniko-Präsidenten kam freilich aus einer publizistischen Nische, aus der man dies kaum erwartet hätte. So schrieb die linksliberale Wiener Stadtzeitung FALTER am 16. Dezember unter ihrem wöchentlichen „Wertungsexzess“: *Der Chef der Universitätenkonferenz hat aber auch offene Ohren für studentischen Frust ... Menschen diesen Zuschnitts brauchen wir in der Bildungspolitik. Umso trauriger, dass Badelt nun als Rektorenchef abtritt. Auch wenn diese Würdigung unter der Rubrik „Hero der Woche“ peinlich anmuten mag: Der Pressereferent, als Diener seines Herrn, kann von solchen Wertungsexzessen nie genug bekommen.*

ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTENKONFERENZ 2009

PRÄSIDENT

Christoph Badelt

Wirtschaftsuniversität Wien

PRÄSIDIUM

Gerald Bast

Vizepräsident
Universität für angewandte Kunst Wien

Ingela Bruner

Universität für Bodenkultur Wien
bis 20. Jänner

Heinrich C. Mayr

Universität Klagenfurt

Heinrich Schmidinger

Universität Salzburg, ab 30. März

Wolfgang Schütz

Medizinische Universität Wien

Hans Sünkel

Technische Universität Graz

Georg Winckler

Universität Wien

Alfred Gutschelhofer (kooptiert)

Universität Graz

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

Medizinische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer

Medizinische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle

Medizinische Universität Innsbruck

Rektor-Stellvertreter Univ.-Prof. Dr. Manfred Dierich
ab 1. Oktober Rektor Univ.-Prof. Dr. Herbert Lochs

Universität Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Peter Skalicky

Technische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel

Montanuniversität Leoben

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfhard Wegscheider

Universität für Bodenkultur Wien

Rektorin Dr. Ingela Bruner
ab 21. Jänner geschäftsführender Rektor
Univ.-Prof. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien

Rektor Wolf-Dietrich Freiherr von Fircks

Wirtschaftsuniversität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr

Akademie der bildenden Künste Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen

Universität für angewandte Kunst Wien

Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Schulz

Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

Budget und Ressourcen

Vorsitz:

Rektor Heinrich C. Mayr
Universität Klagenfurt

Subarbeitsgruppen:

Berichtswesen
Gebäude und Facility Management

Forschung und Erschließung der Künste

Vorsitz:

Vizekanzler Heinz Engl
Universität Wien

Subarbeitsgruppen:

IPR / uni:invent
Universitätenforum Alpbach
European Institute of Technology (EIT)-KIC
Indikatoren und Benchmarking

Lehre

Vorsitz:

Vizekanzler Arthur Mettinger
Universität Wien

Subarbeitsgruppen:

UPH-KOOP
Pharmazie

Task Forces:

Nationaler Qualifikationsrahmen
(Non-formales und informelles Lernen)
Berufsbegleitendes Studium
Universitäre Weiterbildung
Studieneingangsphase
Studienbeiträge

Internationales

Vorsitz:

Rektor Wolfhard Wegscheider
Montanuniversität Leoben

Personal

Vorsitz:

Rudolf G. Ardel
Universität Linz
ab 26. Mai Rektor Georg Winckler
Universität Wien

Task Force:

Open Access

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

Vorsitz:

Rudolf G. Ardel, Universität Linz
ab 15. Mai Rektor Georg Winckler, Universität Wien

ORGANE

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

Kunstuniversitäten

Sprecher:

Rektor Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien

Medizinische Universitäten

Sprecher:

Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2009

25. ordentliche Plenarversammlung

2. März 2009
Universität Salzburg

5. außerordentliche Plenarversammlung

30. März 2009
Universität Wien

26. ordentliche Plenarversammlung

15. Juni 2009
Universität für Musik und
darstellende Kunst Graz

27. ordentliche Plenarversammlung

5. Oktober 2009
Medizinische Universität Wien

28. ordentliche Plenarversammlung

14. Dezember 2009
Universität Linz

AKTIVITÄTEN DER uniko IN ZAHLEN 2009

Plenarversammlungen	5
Präsidiumssitzungen	11
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	83
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	12
Beschickte Tagungen im Ausland	20
Beschickte Tagungen im Inland	74
Empfänge ausländischer Gäste	4
Pressekonferenzen/ Pressegespräche	8
Presseaussendungen	14
Newsletter	8
Offizielle Stellungnahmen	19

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Vorstand:

Präsident:

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

Stellvertreter des Präsidenten:

Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt

Schriftführer:

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Kassier:

Dr. Gerhard Riemer

GENERALSEKRETARIAT

Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär



Doris Schöberl
Mag.
Stellvertretende
Generalsekretärin
Rechtsfragen
Dachverband der
Universitäten



Nadine Jauk
MMag.
Internationales



Wolfgang Nedobity
Mag.
Budget
Forschung



Manfred Kadi
Öffentlichkeitsarbeit



Elisabeth Westphal
Mag.
Bologna-Prozess
Hochschulbildung
in Europa
Lehre



Karin Hofer
Mag.
Projektmitarbeiterin
Bologna-Referat
ab 3. März



Gerda Priessnitz
Organisation



Sylwia Krul
Sekretariat



OFFIZIELLER PARTNER DER UNIVERSITÄTEN



F Gerade in Zeiten verschärften internationalen Wettbewerbs braucht der Bildungs- und Wirtschaftsstandort Österreich leistungsfähige Universitäten. Die Bank Austria steht den Universitäten als offizieller Partner zur Seite.

Neujahrsempfang der uniko

Die Bank Austria war am 13. Jänner 2009 Gastgeber des Neujahrsempfanges der Österreichischen Universitätenkonferenz. Beim Empfang in der Unternehmenszentrale der Bank Austria begrüßte Dr. Ralph Müller, Vorstand für Privat- und Geschäftskunden, unter anderem den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Dr. Johannes Hahn, den Präsidenten der uniko, Rektor Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt, sowie zahlreiche Gäste aus Forschung und Lehre sowie aus Politik, Verwaltung und Medien. Isabella Köller vom Universitäts-Service führte durch den Abend.

Dr. Müller zeigte sich in seiner Rede sehr erfreut darüber, dass die Bank Austria ihre umfassende Partnerschaft mit der uniko auf der Basis einer neuen Vereinbarung fortsetzen könne: „Die Universitäten bleiben für uns auch in Zukunft ein sehr wichtiger Geschäftsbereich. Die Bank Austria stellt ihnen ihr breit gefächertes Know-how in allen Finanzfragen, umfassende Betreuung sowie ihr österreichweites und internationales Netzwerk zur Verfügung. Darüber hinaus betreuen wir mit

unserem UniversitätsService tausende Professoren und Universitätsmitarbeiter.“ Bundesminister Hahn erläuterte in seiner Ansprache zentrale Vorhaben seines Ressorts für 2009. Im Anschluss daran dankte Präsident Badelt der Bank Austria für die Unterstützung.

Neue Kooperationsvereinbarung

Zur Vertragsunterzeichnung einige Wochen später lud die Bank Austria die uniko erneut in ihr Haus ein. Die Vereinbarung sichert und regelt die Zusammenarbeit für die kommenden Jahre. Sie bestärkt die Bank Austria einmal mehr darin, trotz aktuell schwieriger Rahmenbedingungen an dieser engen Partnerschaft festzuhalten. Präsident Badelt bedankte sich im Namen der Universitäten bei der Bank Austria für die Fortführung der Kooperation – gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.

Umfassendes UniversitätsService

Die Kooperation mit Professoren und Universitätsmitarbeitern ist in allen Bundesländern durch die engagierten Universitätsbetreuer und Landesdirektoren der Bank Austria sichergestellt. Die Website universitaetservice.bank-austria.at gibt einen Überblick über die aktuellen Angebote – egal, ob es um Sparen, Vorsorgen oder Finanzieren geht. Auch die für die einzelnen Universitäten zuständigen Ansprechpartner in der Bank Austria sind hier auf Knopfdruck abrufbar.



